

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 17 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mittelscher Postkonto

Berlin, 30. April 1926

Auf zur Maiseier!

Wie der Internationale Gewerkschaftsbund, dessen Aufruf wir in Nr. 16 d. 3. veröffentlicht haben, so ruft auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die Arbeiter und Angestellten auf, am 1. Mai die Arbeit möglichst ruhen zu lassen und zu demonstrieren für den Achtstundentag. Wir schließen uns dem rückhaltlos an!

Es ist in dieser Zeit wirtschaftlicher Depression, verbunden mit nie dagewesener Arbeitslosigkeit und verstärktem Druck seitens der Unternehmer auf alle unsere Errungenschaften eine Selbstverständlichkeit, daß die Maiseier-Demonstration so gewaltig wie nie zuvor gestaltet werden muß.

Geseglicher Achtstundentag, Schutz der Arbeit, Ausbau der Sozialgesetze, die Beteiligung der Vertreter der Arbeiter und Angestellten an der Wirtschaftsführung, die Umstellung der privatkapitalistischen Wirtschaft auf gemeinwirtschaftliche Grundlage, das sind die nächsten Forderungen, deren Verwirklichung wir verlangen müssen.

Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß solche Veränderungen der Struktur der heutigen Zustände nur international auf der Grundlage demokratischer Verständigung der Völker auf friedlicher Basis vor sich gehen und erträgliche Zustände herbeiführen kann.

Das Wettstreiten der Völker, die Konstruktion neuer Mordmaschinen, die Erfindung furchtbarer Giftgase und ihre Verwendung zum Massenmord sind kulturwidrige Erscheinungen, die durch Verständigung des Völkerbundes aus der Welt verbannt werden müssen.

Sinngemäß mit allen Kriegswaffen und Kriegsgerät! Nicht Mord, Zerstörung und Vernachlässigung der Schaffung von Kulturwerken. Verwendung der Mittel, die bisher für solche Zwecke aufgebracht wurden, zum Wohnungsbau, zur Kultivierung von Neuländereien, Schaffung neuer Handelswege, Verbreitung von Wissen und Bildung unter allen Menschen, die bisher davon ausgeschlossen waren.

Mit der flammenden Begeisterung, mit der Selbstaufopferung und mit der unbefleglichen Ueberzeugung, mit der wir bisher unseren Weg verfolgt haben, Schritt für Schritt vorwärts drängend, wollen wir auch diesen weitgesteckten Zielen nachstreben. Was wir nicht selbst mit erleben, wird unseren Nachkommen zugute kommen.

Deshalb heraus am ersten Mai, heißt jeder für seinen Teil dazu beitragen, daß unsere Rundgebung zu einer imposanten, machtvollen gestaltet wird, die ihren Eindruck auf die bürgerlich-egoistisch eingestellten Bevölkerungsschichten nicht verfehlt.

Hoch die Völkerverständigung zu fruchtbringender Kulturarbeit! Friede auf Erden! Liebe und Freude! Empor zum Licht!

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 10 des neuen Statuts, welches auf dem Hamburger Verbandstage, abgehalten am 12. April 1926 und folgende Tage, beschloffen wurde, wurden folgende Mitglieder zum geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt: Zum

1. Vorsitzenden: Peter Blum,

2. Vorsitzenden: Fritz Gerhardt,

Hauptkassierer: Alfred Kriedel.

Zu Beisitzern wurden gewählt: August Blume, Josef Köring, Leberwarenbranche; Wilhelm Döken, Tapezierer; Louis Köhn, Treibriementler; Richard Hain, Fahrzeuggattler.

Das Bureau des Verbandes befindet sich nach wie vor

Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b.

Durch diese Bekanntmachung ist der Verbandsvorstand auf Grund des § 10 Absatz 3 des Statuts legitimiert.

Die beiden Vorsitzenden und der Hauptkassierer sind berechtigt zur Abhebung von Geldern, wozu zwei Unterschriften erforderlich sind.

Alle für den Verband bestimmten Zuschriften sind zu richten an

P. Blum, Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b.

Zuschriften, welche Streitangelegenheiten, Lohnbewegungen und Tarifforderungen betreffen sind nur an Fritz Gerhardt, Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b zu richten.

Alle Kassenangelegenheiten sind mit Kollegen Alfred Kriedel, Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b, zu erledigen.

Als Redakteur der „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung“ wurde der Kollege Gustav Beder gewählt.

Alle für die Zeitung bestimmten Zuschriften sind an Gustav Beder, Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b zu richten.

Als Sekretär des Verbandsvorstandes wurde der Kollege Bruno Engel gewählt.

Aushebung der Wahlen zum erweiterten Vorstand.

Auf Grund des neuen Statuts sind 9 Beisitzer als erweiterter Vorstand in den einzelnen Gauen zu wählen.

Es sind zu wählen je ein Beisitzer: 1. im Ostgau mit Ausnahme der Ortsverwaltung Berlin, 2. im

Nordgau, 3. im Mitteldeutschen Gau, 4. im Gau Freistaat Sachsen, 5. im Gau Rheinland und Westfalen, 6. im Gau Bayern, 7. im Gau Württemberg, 8. im Maingau und 9. im Bezirk der Ortsverwaltung Offenbach.

Wählbar zum erweiterten Vorstand sind nur solche Mitglieder, welche im Beruf tätig sind, dem Verbandszuge mindestens drei Jahre angehören und auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale stehen. Alle Ortsverwaltungen sind berechtigt, innerhalb des Gaues Vorschläge zur Wahl zu machen.

Die Ortsverwaltungen werden hierdurch ersucht, dem Hauptvorstand bis spätestens am 15. Mai diese Vorschläge für die Beisitzer zum erweiterten Vorstand einzureichen.

Diese Vorschläge werden im Verbandsorgan am 21. Mai veröffentlicht. Spätere Vorschläge können nicht berücksichtigt werden.

Die Wahlen erfolgen in der Zeit vom 25. bis 31. Mai. Näheres wird mit der Kandidatenliste bekanntgegeben.

Mit kollegialem Gruß

Die Verbandsleitung:

P. Blum,

Berlin SO. 16, Bräudenstraße 10b.

Unser dritter Verbandstag in Hamburg.

II.

Im weiteren Verlauf der Erledigung des Punktes 2 der Tagesordnung wird beschloffen, die Entscheidung des Ausschusses in Sachen des Breslauer Streits aufzuheben (Antrag 15a); der Antrag des Vorstandes (§ 15b) wird angenommen, wonach Offenbach die Kosten der Wahlen zum Gewerkschaftskongress selbst tragen muß. Der Antrag zu Punkt 2b Nr. 16, der die Haltung des Vorstandes zum Offenbacher Streit mißbilligen wollte, wurde abgelehnt. Zum Massenbericht wurden die Anträge, verschiednen Orten Streikschulden bei der Zentralkasse zu erlassen, in der Form erledigt, daß diesen bis zu 50 Proz. Stattegegeben werden soll. Die verbleibenden Restsummen müssen an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Anträge, für Jugendhilfe und Beihilge besondere Monatschriften herauszugeben und das Verbandsorgan durch technisch-fachliche Artikel auszustatten, werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Antrag Berlin, den Redakteur zu verpflichten, alle Artikel gleich welcher Richtung aufzunehmen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag Offen, der verlangt, das Ver-

bandsorgan dürfe keine politischen Tendenzen vertreten. Insbesondere war hier zu unterscheiden zwischen Publikationen und Propaganda. Publikationen politischer Parteien können selbstverständlich nur referierend oder berichtigend im Verbandsorgan besprochen werden. Ebenso kann es jedoch im Interesse unserer Mitglieder unbedingt notwendig sein, für politische Parteien, deren Unterlegung wir in den Parlamenten bedürfen, einzutreten. Deshalb mußte dieser Antrag abgelehnt werden. Angenommen wurde der Antrag Leipzig, daß den Verfassern abgelehnter Einlassungen Mitteilung nebst Begründung zu geben ist. Dies ist auch bisher so gehandhabt worden, wenn natürlich der Bericht eines Schriftführers oder der Artikel eines Verfassers nicht in die Hände der Redaktion gelangt ist, kann eine solche Mitteilung nicht erfolgen. Es ist schon verschiedentlich vorgekommen, daß Schriftführer zu bequem waren, einen Bericht einzuliefern und dann sich damit herausgeredet haben, der Redakteur habe den Bericht nicht angenommen. Jeder Bericht, der etwas Interesse für die Allgemeinheit hat, wird von uns berücksichtigt, und sei es in verkürzter Form. Genau so werden auch andere Einlassungen behandelt, die geeignet sind, die Verbandsinteressen zu fördern. Alles, was geeignet erscheint, den Verband zu schädigen, muß natürlich abgelehnt werden; das sollte jeder von vornherein berücksichtigen, der etwas einbringt. Im übrigen wurde die Schreibweise des Verbandsorgans gebilligt. Die Anträge betreffs Einheitsfront mit der Mos-tauer Richtung waren durch Annahme der bereits veröffentlichten Entschliebung erledigt, ebenso alle Mißtrauensanträge gegen Vorstand und Redaktion.

Der Punkt 2 der Tagesordnung war damit erledigt. Der Punkt 3: Stellungnahme zu den Tarifbewegungen, wurde in geschlossener Sitzung behandelt. Kollege Gerhardt wies nach, was der Verband in der Berichtszeit geleistet und erreicht hat (Das Meierat wird in einem besonderen Artikel noch behandelt werden.) Wir beschränken uns daher darauf, die Entschliebung hier wiederzugeben, die im Anschluß an das Meierat angenommen wurde.

„Entschliebung zur Lohn- und Tarifbewegung.
Der Verbandstag des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilleverbandes stellt grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen aller Branchen gemäß schon früher gefaßter Beschlüsse auch weiterhin durch Abschluß guter Tarifverträge geschehen soll.

Das erstrebenswerte Ziel soll ferner sein, durch Zusammenfassung mehrerer Orte und geschlossener Wirtschaftsgebiete große, umfassende Bezirksarbitre zu schaffen sowie den Ausbau zu Reichsmanteltarifen zu fördern. (Voraussetzung ist dabei das Vorhandensein von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die bestrebt sind, solche Verträge abzuschließen und für ihre Durchführung Sorge zu tragen.) Der Verbandsvorstand ist über den Verlauf der Verhandlungen, sofern er nicht dabei vertreten ist, ständig auf dem laufenden zu halten, auch ist zum Tarifabschluß seine Zustimmung einzubolen.

Weiter verpflichtet sich unsere Organisation mit allen Mitteln, alle Bestrebungen zu unterstützen, die dahin zielen, neben den Gewerkschaften auch den sogenannten Werk- und Betriebsgemeinschaften die Gleichberechtigung zum Abschluss von Tarifverträgen zu gestatten. Gleichfalls muß verhindert werden, daß solche Betriebsvereinbarungen die gesetzliche Kraft eines Tarifvertrages erlangen. Der Abschluss von Verträgen für die Arbeiter muß das alleinige Recht der Gewerkschaften bleiben.

Die bringende Aufgabe ist die weitere Ausgestaltung der Tarife. Neben der Erzielung ausreichender Löhne, stehen als nächste Forderungen die tarifliche Festlegung des Achtstundentages, die Vereinbarung der Ferien und der sonstigen sozialen Bestimmungen für die Beschäftigten aller Branchen.

Bei allen Tarifabschlüssen ist dahin zu wirken, daß die Tarifparteien die Bildung von Schlichtungskommissionen, Schlichtsgerichten resp. Tarifämtern vorziehen zur Erzielung aller Streitigkeiten, die sich aus den Verträgen ergeben.

An das Referat schloß sich eine sehr rege Aussprache.

Dem Punkt 4 der Tagesordnung, Statutenberatung, wurde Punkt 5, Referat des Kollegen Spieliedt über die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Tätigkeit des ADGB, vorgelesen. Zunächst erörterte der Verbandsvorstand den Kollegen Burkard, der am 15. April auf eine fünfundsiebenzigjährige Tätigkeit als Angestellter der Hamburger Verwaltungsstelle zurückblicken konnte. Kollege Spieliedt zeichnete kein rosiges Zukunftsbild für die nächste Zeit, die Krise sei tiefer Natur und werde sich nur langsam verdrängen lassen. Es sei eine Weltkrise, die sich in allen Kulturländern bemerkbar macht und die nicht nur in Deutschland verheerend wirkt, daß zeigen die Arbeitslosenziffern überall. Auch er erwartet, daß wir mit Ruhm in bessere Verhältnisse gelangen, denn wir gebrauchen die russischen Absatzgebiete. Das deutsche Kapital luche, um seine Konkurrenzfähigkeit zu retten, die Arbeitszeit zu verlängern, die Löhne zu drücken. Ein verkehrter Weg, ebenso verkehrt wie die Einschränkung der Sozialpolitik. Die Vorwürfe bürgerlicher Sozialpolitiker, die Lohnpolitik der Gewerkschaften sei es gewesen, welche die deutsche Wirtschaft geschädigt hat, müssen ganz entschieden zurückgewiesen werden. Spieliedt sprach über den gesamten Fragenkomplex und hofft, daß das Wahlgänger-Kommen über die Arbeitszeit baldigt realisiert wird. In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit und des Umstandes, daß die Verhandlungen bis heute abend beendet werden müssen, wird von einer Aussprache über das Referat abgesehen und folgende Entschließung angenommen:

Der Verbandstag erklärt sich mit der Tätigkeit des ADGB, auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik einverstanden. Der Verbandstag macht sich die Ausführungen des Referenten Kollegen Spieliedt zu eigen und verzichtet auf jede Debatte.

Dann gelangte die Beitrags- und Unterstützungstage zur Verhandlung. Im Auftrag der Statutenberatungskommission referierte Kollege Hien. Die sämtlichen Anträge sind kritisch behandelt worden und als Ergänzung zum Abschluß das Ergebnis zustande, welches bereits in Nr. 16 dieser Zeitung unter Verbandsnachrichten bekanntgemacht wurde.

Die neuen Beiträge treten mit der einundzwanzigsten Beitragswoche in Kraft, um zu vermeiden, daß im Monat Mai vorgelesenen Ertragsbeitrag erheben zu müssen. Die Mitgliedschaften werden sich damit um so mehr erfreuen, weil Ertragsbeiträge erfahrungsgemäß nur ungenügend gezahlt werden. Beschlossen wurde auch, daß während des Bezuges von Streit-, Gemahrgeldern, Reise-, Erwerbslosen- und Krankenunterstützung Beiträge zu zahlen sind.

Beitragsfreie Warten gibt es nicht mehr, es wird eine Anerkennungsmarkte im Wert von 5 Pf. eingeführt für erwerbslose, franke, invalide und ausgeleierte Mitglieder. Diese Entnahmen verbleiben den Orten resp. Erhebern, Hauskassierern. Die Karenzzeiten bei Streit-, Arbeitslosigkeit und Reise bleiben wie bisher, bei Krankheit beträgt sie

drei Wochen. Die Streikunterstützung wird nach der Vorgabe des Vorstandes geregelt.

Bei einer Mitgliedsdauer von Wochen	Erlösunterstützung pro Tag in					
	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse	5. Klasse	6. Klasse
18	0,50	0,80	1,20	1,80	2,--	2,40
53	0,65	1,--	1,50	2,--	2,50	3,--
156	0,75	1,20	1,80	2,40	3,--	3,60
260	0,90	1,40	2,10	2,80	3,50	4,20

Die Erwerbslosenunterstützung, Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung werden wie folgt geregelt:

Nach 52 Wochen Mitgliedsdauer für 30 Tage pro Tag ein Beitrag. Nach 156 Wochen für 48 Tage pro Tag 1 1/2 Beitrag. Nach 260 Wochen Mitgliedsdauer für 60 Tage pro Tag 1 1/2 Beitrag.

Beerdigungsbeihilfe gibt es nach 52 Wochen Mitgliedsdauer

	Klasse					
	I	II	III	IV	V	VI
nach 156 Wochen	12,--	20,--	24,--	28,--	32,--	36,--
nach 260 Wochen	15,--	28,--	36,--	44,--	52,--	60,--
	20,--	36,--	48,--	60,--	72,--	84,--

Bei weniger als 156 Wochen wird nur für das Mitglied, nicht auch für Angehörige Sterbebeihilfen gezahlt.

Die Auszahlung aller Unterstütlungen erfolgt nach der niedrigsten Marke der letzten 26 Beiträge. Vor dem 1. Dezember 1926 dürfen diese neuen Unterstütlungssätze nicht gezahlt werden.

Die Beitragsklasse mit 10 Pf. Beitrag bleibt bestehen, jedoch sind die Beiträge im letzten Halbjahr verpflichtend, mindestens den Beitrag der ersten Klasse zu zahlen.

Zu beachten ist ferner der Beitrag, daß Beitragsbeiträge außer zu städtischen Verwaltungszwecken, nur zur Beitragszahlung für Unterstütlung bezogene Mitglieder und als Zuschuß zu Streit- und Gemahrgeldunterstützung Verwendung finden dürfen.

Einige redaktionelle Änderungen des Statuts gelangten zur Annahme, ferner der Antrag, daß Arbeitslosigkeit oder Krankheit, die länger als 52 Wochen dauert, Erwerbslosennormen über 39 Wochen hinaus nur unter Zustimmung des Hauptvorstandes gestellt werden dürfen.

Stimmungsbilder vom Verbandstag.

Seit dem Erscheinen dieser Nummer unserer Zeitung und der Beendigung des Verbandstages sind nun schon einige Tage ins Land gegangen. Zum Teil ist inzwischen den Mitgliedern von dem Ergebnis desselben Bericht erstattet, und wohl mancher von den Delegierten hatte bei der Berichterstattung und der derselben folgenden Diskussion keinen leichten Stand, um den Kritikern die erklärenden und erhellenden Begründungen zu geben, die den gefassten Beschlüssen auf dem Verbandstage zugrunde liegen. Der objektive Beobachter auf der Generaterversammlung konnte feststellen, daß alle Entschlüsse eine ernste, eingehende und auch zum Teil widerstreitende Beratung vorausging. Es waren selten arbeitsreiche, anstrengende Tage, die die Teilnehmer am Verbandstage erleben.

Bei der Fülle des zur Beratung stehenden Stoffes blieb bitter wenig Zeit übrig zur Erholung und zur Befähigung der Sehnstwürdigsten der Handels- und Hafenstadt Hamburg. Dabei hätte die Hamburger Kollegschaft alle Anstrengungen gemacht, um sich des Vorzuges, als Gastgeber wirken zu können, würdig zu erweisen. Leider konnte sie in Anbetracht der mangelnden Zeit nicht alle Pläne verwirklichen, die darauf hinausliefen, den Gästen die Begegnung der Stadt für die Weltwirtschaft zu zeigen.

Ein stimmungsvoller Empfangsabend im festlich geschmückten Musiksaal des Hamburger Gewerkschaftshauses, mit sehr vielen unterhaltenden und künstlerischen Darbietungen, leitete am Sonntagabend die Hamburger Tagung ein. Ein von einem anständigen Kollegen verfaßter und

von ihm selbst vorgetragener Protokoll schloß mit den Worten: „Gut auf und frohlebender Sammenschein.“ Dieser Wunsch als Schlußwendung war bei den besannenen und sicherer Hamburger Weiterverhältnissen allerdings etwas gewagt. Sei es nun, daß der Dichter Beziehungen zu Jupiter Pluvius unterhält, oder legerer aus unbekanntem Gründen den Caesaren, Tapezierern usw. ein besonderes Wohlwollen erweisen wollte, der Wunsch wurde erfüllt. Der Regengott hielt seine Schleusen dicht, und der strahlende Sonnenschein hielt wacker bis zur Beendigung des Verbandstages aus. Man konnte dies für ein besonders günstiges Omen für die Tagung und den Verkauf derselben ansehen.

Den schönen Tagungsabend des Gewerkschaftshauses schmückte reiches Grün, von der Bühne strahlte das eigeneartige Lederbanner der Filiale Hamburg inmitten eines Lorbeerhaines, und auf den weißgebedichten Tischern erhellten Oberglocken und Lampen, daß draußen der lachende Frühling seinen Einzug hielt. Was Wunder, daß die Hebe der sonntigen Tage, die durch die bunten Fenster in dem Sitzungssaal hineindrang, eine Stimmung schuf, dazu angetan, müde Kämpfer auf die freizeiten, also temperamentvollen Geister zu wirken. Und deren waren nicht wenige vorhanden, da ein Teil der Delegierten den südländischen Geistes unseres Vaterlandes entstammte. Diese hatten gegenüber dem kühleren Nordländer ein bedeutendes Plus an Temperament aufzuweisen. Dieser Uberschuß an Temperament machte sich häufig durch zahlreiche, mehr oder weniger heftige Zwischenrufe bemerkbar, wenn die Zwischenrufer glaubten, den Debattierenden des jeweiligen Redners nicht folgen zu können. Zuweilen bedurfte es der ganzen Energie des amtierenden Vorsitzenden, um die entsehlenden Redenschäpfe zu bannen, da das glättende Öl der Ueberzeugungstunni nicht immer ausreichte, die hochgehenden Wogen zur Ruhe zu bringen. Hinzu kam noch, daß die in Opposition stehende Minderzahl in einer Ecke des Saales domizillierte, die der Entzündung des Temperaments außerordentlich förderlich zu sein scheint. Sie entsaltete denn auch eine anerkanntwertige Nüchternheit und Impulsivität.

Ach, die Opposition! Sie ist ja nach einem Ausspruch des in diesen Tagen hier oft anerkannten Vorkämpfers der Arbeiterschaft eine lebendige Natwendigkeit. Aber sie hat doch den an der Spitze des Verbandes stehenden das Leben manchmal recht teuer gemacht. Das war auch für den Uineingeweihten recht deutlich zu erkennen, wenn auch bemerkt werden muß, daß die Vorkämpfer der Opposition nicht zu den unumgänglichen Menschen gehören und auch eine recht schneidige Klinge führten. Es muß aber auch betont werden, daß man das Gefühl hatte, daß die Differenzen mit dem Hauptvorstand vor dem Verbandstage durchaus korrekter und intelligenter Weise zu regeln gewesen wären, wenn dem nicht die eine Weltanschauung hindern im Wege gestanden hätte, die in der Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft keinen Platz abgeben mehr hat. Diese Tatsache kam auf dem Verbandstage ganz eindeutig zum Ausdruck, indem sich die übergroße Mehrheit der Delegierten vorbehaltlos auf den Boden des Hauptvorstandes stellte. Ueberhaupt hätte man den Eindruck, daß die Delegierten in ihrer Mehrheit den selten Willen hatten, nur positive gewerkschaftliche Arbeit zu leisten und keine Neigung hatten, den Verbandstag zum Schauplatz eines politischen Richtungsstreites werden zu lassen. Anlässe dazu zeigten sich bei der Debatte über den Vorstandsbereich genug.

Die zum Teil in der Verbandstageszeit oft gewordenen Vertreter des Hauptvorstandes gaben einen Rückblick über die verlossene Berichtperiode. Man empfand mit ihnen die Genugtuung, daß es gelungen ist, das Verbandsbild durch die Wogen der hinter uns liegenden Zeit an den Klippen der Inflation und den Riffen der Wirtschaftskrise vorbei, bis dato hindurchzuführen. Wahrscheinlich, es hatten der Gewerkschaftsführer von heute Aufgaben-voller Schwermut, von denen man sich vor einem Jahrzehnt nicht träumen ließ. Es wird ein Maß von Einflüssen in die wirtschaftlichen Vorgänge, das Erkennen derselben im voraus und eine schnelle, vor den schwierigsten Situationen nicht zurückzudrückende Entschlußkraft von ihnen verlangt, von dem sich der Kollege drauhen im Reiche nur eine unbestimmte Vorstellung machen ist. Sie alle, die beteiligten,

Wirtschaft und Kultur.

Frühling.

Es gibt nicht eine n Menschen, dessen Herz sich nicht dehnt und dessen Seele sich nicht weitet, wenn sich nach den kalten, erstarrenden Tagen des Winters die junge Frühlingssonne wärmend über die Erde ergießt. Auch im Menschen wird Frühling, wenn draußen Frühling ist. Und ist das Leben noch so hart und ist die Existenz auch noch so schmerzhaft, gerade in dieser jetzigen Frühlingzeit: Glaube an lebendiges Leben, wenn Frühling wird. Der Glaube an das Leben ist ein Urelement des menschlichen Daseins. Er ist die gleiche bewogende Kraft, die die lebendigen Zellen dehnt und sprengt und die Willensknospen schwelgen läßt. Dehnen, wachsen! Und das dehnende Wachsen erleben! Und glauben an den großen Sinn, der das Naturganze in seinem Werden zusammenhält!

Einmal lebt in dem Ganzen. Eines ist das Ganze. Die Freude am Frühling und der Glaube an das Leben, den Frühlingssinn in uns erweckt, all' dieses Sonnendurchwobene Jauchzen der Menschennatur, es ist das erlebte Bewußtsein von der Einheit alles Naturseins. Wenn die Kräfte auch noch so verchieden sind, wenn dem entscheidenden Kampfe um das Dasein auch der engste Zusammenstoß zur gegenseitigen Hilfe gegenübersteht, alles ist dennoch in dem einen Gedanken des Wachens, des Ganzen, des Wachens des Ganzen zu immer höherer Harmonie.

Der Glaube an das Leben, der den Frühling in uns weckt, ist der Glaube an die Harmonie und Einheit der Welt. Wir können sie noch nicht in ihrer ganzen wunderbaren Tiefe erleben, diese Einheit, dieses Gewordensein aus einer einen Idee heraus. Wir sind viel zu sehr einseitig erfüllt von Sorgen und Nöten und vom erbärmlichen Banne einer rohen Alltagswirklichkeit. Das kapitalistische Wirtschaftsleben hält uns gefangen, und

solange es uns zu solch einseitigem wirtschaftlichen Denken und wirtschaftlichen Nöten zwingt, solange kann die Menschenseele nicht hinauswachen in die Weite eines größeren Gesichts. Erst wenn die Blume im nahenden Boden gewurzelt ist, ohne Hemmnis, frei, erst dann kann sie sich freudig zur Sonne.

Und so wird das Harmoniegefühl, als das wir Menschen von heute das Naturgefühl in den Frühlingstagen nur abnehmend erleben, so wird dieses Harmoniegefühl von der Natur mit der wirtschaftlichen Freiheit wach zu der Höhe, die das harmonische Naturgefühl in prophetisch-dichtendischen Köpfen schon immer gehabt hat. In Goethe war dieses Naturgefühl so besonders ausgeprägt. Das alles, was draußen lebte, das war auch in ihm. In ihm war die Begehrtheit des Ganzen draußen zum reinsten Erleben geworden, und so konnte Helme doch Goethe mit Recht einmal sagen: „Wenn Gott die Welt erschaffen hätte bis auf die Bäume und Vögel, und hätte zu ihm gesagt: Lieber Goethe, ich überlasse es Ihnen, das Fehlende zu vollenden, so hätte Goethe diese Aufgabe sicher ganz korrekt und göttlich gelöst, nämlich die Blumen grün und die Vögel mit Federn erschaffen!“

Wie sind wir heute schon glücklich, wenn wir an einem wonnigen Frühlingstage an das Leben glauben und die Harmonie nur ahnen, die aus dem werdenden Leben der Welt herausklingt!

Wir wollen freier werden, größer und inniger! Wir wollen durchwachen sein vom tiefsten Naturgefühl! Wir wollen die Harmonie der Welt in uns tragen und aus diesem Allgegenwärtigsein der Welt gestalten in bewußtem Schöpferium!

Das gilt es! Das ist Menschengeziel. Es ist ein Verblegen der großen Linie des Weltgeschehens, wenn Menschen mit engem Blick nichts denken sollen als an Frei und an den anderen Tag. Ferner lieber mit der wider-natürlichen Rette, die den Nacken herunterrammt und den Bild nur nach unten richtet auf den keinen Horizont der

Erkenntnis! Das wirtschaftliche Lebensrecht muß selbstverständlich sein. Nur unter dieser Voraussetzung kann der Mensch seine Brust dehnen und den freien Atem des Großen in sich saugen.

Der Kapitalismus hat den Menschen mit allen seinen herausgerissen aus dem großen Naturfühlen, und daraus bringt jeder wirtschaftliche Schritt vorwärts zur wirtschaftlichen Freiheit auch den Menschen vorwärts zu seiner eigentlichen Aufgabe hin, zum Erleben des Frühlinges in seinen beistelligen und tiefsten Zusammenhängen zum schöpferischen Geschehen der Welt, einem Frühling gleich.

Dr. Gustav Hoffmann.

Beruf und Untergewicht. Ein Untermaß an Bauchumfang und Gewicht trägt die Gefahr des Todes und Tuberkulose in sich. Das neben dem Gewicht auch der Bauchumfang große Bedeutung zur Erkenntnis des Gesundheitszustandes hat, haben zuerst Untersuchungen des Gothaer Lebensversicherungsgesellschafts festgestellt, die dann bei anderen Lebensversicherungsgesellschaften zur Bestätigung gefunden haben. Der Leiter des hiesigen Untersuchungsamtes in Frankfurt, Dr. Richter, hat in einem Bericht über die verschiedenen Berufe Messungen an hiesigen Lehrlingen in den Oberstufen der Fachschulen nach folgender Richtung hin vorgenommen. Sie zeigten, daß das Untergewicht die größte Gefahr für die Gesundheit ist. In den verschiedenen Berufen vertrieben ist. In Unternehmern 35,8, in (in Prozenten) bei den Messern 20,8, bei den Metallarbeitern 35,8, bei den Schneidern 59,5, bei den Bäckern 61,1, bei den Drogerien 61,9, bei den Schuhmachern 64 und bei den Friseurern 60. Unterbauchumfang wurde gemessen bei 37 Proz. Messern, 33,6 Proz. Metallarbeitern, 55,2 Proz. Schneidern, 61,1 Proz. Bäckern, 71,7 Proz. Drogerien, 51,1 Proz. Schuhmachern und 66,5 Proz. Friseurern.

Im allgemeinen entspricht, so schreibt Dr. Richter

UNSERE JUGEND

Was haben wir zu tun?

Überall beschäftigen sich die „Alten“ mit der Jugendfrage. In der Partei, wie in der Gewerkschaftsbewegung fehlt der Nachwuchs. Das sehen die „Alten“ und daher immer die Frage: Wo bleibt die Jugend?

Ja, wo bleibt, oder vielmehr wo ist die Jugend? Der größte Teil der Jugend, die 25- bis 35jährigen, die sonst die Träger unserer Bewegung waren, sind draußen auf dem Schlachtfelde verblüht. Der andere Teil hat in der Kriegszeit und Nachkriegszeit die größten Entbehrungen durchmachen müssen und ist jetzt auf Tanzböden, in Kinos und wie die anderen „Kulturkrieger“ alle heißen, zu finden und steht der Arbeiterbewegung größtenteils ablehnend gegenüber. Das sind wohl im großen Juge die Gründe für das Fehlen des Bindendes zwischen alt und jung. Die Alten sehen es und sind besorgt: „Wer soll dereinst die Funktionen übernehmen?“ Nun werden überall Jugendgruppen gegründet.

Welche Aufgaben haben wir nun in den Jugendgruppen? In einem Satz gesagt: Unsere Aufgabe ist es, wichtige Gewerkschafter zu erziehen. Denn wir haben eine doppelte Aufgabe zu erledigen. Einmal müssen wir die fehlende Lücke ersetzen und zum andern die Aufgaben unserer Generation erfüllen. Dieses wird von den Alten oft übersehen und führt oft zu Reibereien zwischen alt und jung.

Wir haben in unserer Verbandszeitung auch eine Ecke, die nennt sich „Unsere Jugend“, die aber von unserer Jugend offenbar gar nicht oder nur wenig gelesen wird. Dieser Raum gehört der Jugend. Laßt uns ihn ausnützen! Hier haben wir Gelegenheit, unsere Gedanken auszutauschen, die uns bewegen. Dieses muß von uns ausgenutzt werden, laßt uns ausgiebig davon Gebrauch machen, damit die Alten sehen, daß in der Jugend doch noch Geist steckt. Laßt uns zeigen, daß wir uns unserer Pflichten der Sache gegenüber bewußt sind. Laßt uns Kämpfer werden, damit unsere Forderungen, die wir auf dem Hamburger Jugendtag erhoben haben, erfüllt werden. Wir wollen nicht unter einem Schwurtrag vier Jahre lang ausgebeutet werden, wir wollen uns auch nicht von der Arbeit drücken, nein, „wir wollen, daß die Arbeit Freude werde“. Darum kämpfen wir, darum schließen wir uns zusammen, und ziehen

Dem Morgenrot entgegen.
Ihr Kampfgenoßen all,
Bald siegt ihr allerwegen,
Bald weicht der Feinde Wall.
Mit Macht heran und haltet Schritt
Arbeiterjugend, sie will mit.
Wir sind die junge Garde des Proletariats!
Karl Grobe, Bremen.

Anmerkung d. R.: Kollege Grobe meint, die Jugend-ecke werde von unserer Jugend nicht gelesen; anscheinend deshalb, weil bisher aus den Reihen unserer Jugend teilsweise Meinungsäußerungen an dieser Stelle erfolgt sind. Das wäre ein Trugschluß. Kollege Grobe! Ebenfalls wäre es verfehlt, zu glauben, daß die Jugend nicht zum Tummelplatz allerhand, wozüglich unverständlicher Gedanken gemacht werden kann.

Gewiß, werden wir gern jeder Einwendung Raum geben, die geeignet ist, zur Förderung der Aufklärung und Erziehung unserer Jugend im Sinne unserer Ziele beizutragen. Diese Voraussetzung muß aber gegeben sein. Es kommt nicht so sehr darauf an, daß solche Meinungsäußerungen in jeder Hinsicht formgerecht sind, sondern auf den sachlichen Gehalt.

Die Form wird dann schon gegeben werden. Wer also den Drang in sich spürt, etwas dazu beitragen zu können, was geeignet ist, die Jugend zu fördern, der sende es getrost ein. Wir sind bereit, es auf das Beste zu verwenden, ganz gleich, ob es von jung oder alt kommt.

So laßt denn im Birten und Gemüt
das Ich uns mildern, daß das Beste Du
und Er und Wir und Sie es laßt
auslösen, und uns von der bösen Unart
des harten Ich unmerklich laßt befreien.

Vorsitzender, Redakteur und Kassierer, fanden denn auch Verständnis bei der Mehrheit, und man glaubte es ihnen daran, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst des Verbandes gestellt hatten. In ganz besonderem Maße fand der Bericht über die Lohn- und Tarifpolitik des Verbandes das Ohr der Versammlung. Seine Schilderung über die unumgänglichen Erleichterungen der Produktionsverhältnisse und der sich daraus ergebenden Verhältnisse, ließ erkennen, wie notwendig es ist, daß die Gewerkschaften mitbestimmend in der Wirtschaft werden.

Den Höhepunkt des Verbandstages bildete das Referat des Vertreters des ADGB über die sozial- und wirtschaftspolitische Tätigkeit des ADGB. Eröffnete er sprach der Redner über den Stand der Sozialpolitik und die Gefahren und Angriffe, die derselben drohen. Er leitete die Versammlung in das weitverzweigte Gebiet der Wirtschaft und zeigte deren inneren Zusammenhänge auf. Besonders betonte er, daß die Erleichterung, die wir unter dem Namen Nationalisierung kennen, ungeahnte neue Weidewege für die Arbeiterschaft im Gefolge hat; darum ist es die vornehmste Aufgabe des ADGB, diese Weiden zu mildern und zu befruchten. Mit einem vielschichtigen Vortrag schloß der Vortragende seine von einem hohen sittlichen Gefühl getragenen Ausführungen, wofür ihm der Verbandstag durch spontanen Beifall dankte.

Dann ging der Verbandstag daran, die Erfahrungen der drei Berichtsjahre umzuwerten und sie in die Formeln der Verbandsaufgabe zu bringen, damit sie scharfe Waffen werden und Mittel schaffen, geeignet und bereit zur Abwehr und zum Angriff. Es ist klar, daß bei der Statutenberatung die Anteilnahme des einzelnen Delegierten noch einmal aufs höchste gesteigert wurde; die Zahl der Redner war denn auch eine entsprechend hohe. Eine vorbereitende Kommission hatte auf Grund der vorliegenden Anträge Vorschläge ausgearbeitet, die nach heftigem Kampf mit einzelnen Abänderungen Annahme fanden. Noch einmal gingen die Wahlen der Erregung hoch, als es sich darum handelte, an Stelle der Anstalt des Verbandsausschusses eine andere Körperschaft zu setzen. Bei, wie entflammten eine förmlichen Geistes aus neue, bis auch für diese Frage der Verbandstag eine Lösung gefunden hatte, von der man hoffentlich in drei Jahren auf dem nächsten Verbandstage

lagen kann, daß sie eine glückliche war. Als ein Raum ist noch erwähnt, daß der Verbandstag einem Redner das Wort entziehen mußte. Der langfristige Strauchel, weil er glaubte, das Niveau des Verbandstages zu heben durch die Wiederholung der Standardgedichte bürgerlicher Blätter über Fortschritt und die Nationalversammlung in Weimar. Die elementare Entrüstung des Verbandstages leitete ihn eines Besseren, und sie gab ihm hoffentlich die Lehre mit auf den Weg, daß es gefährlich ist, sich mit Verehrungen bewaffnet auf das Glatteis der nicht immer hohen Politik zu begeben.

Als nächster Tagungsakt für den Verbandstag wurde Dresden einstimmig von den Delegierten aller Richtungen bestimmt, nicht etwa wegen der Nähe der sächsischen Schweiz, sondern weil man dort am Geburtsort des Verbandes auch seinen 40jährigen Geburtstag feiern will.

Dabei möchte ich dem bestrebenden Wunsche Ausdruck geben, daß den gestagten Delegierten zur Geburtsfestfeier ein klein wenig mehr Zeit zur Verfügung stehen möge als den Delegierten, die hier in Hamburg innerhalb 4 Tagen eine anstrengende Arbeitszeit von annähernd 36 Stunden aufzuweisen hatten. Als Vertreter der zahlreichen ausländischen Gäste sprach dann der vielen bekannte Gewerkschaftsgenosse Johnson, Dänemark, dem Verbandstage den Dank für die genossene Gastfreundschaft aus. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß es trotz aller Wetterwollen vorwärtsgehen möge im Verbands. Der alte Sozialist, gern gesehene Gast hatte die Dacher auf seiner Seite, wie er in seinem gebräunten humoristischen Deutsch prophezeite, daß die Wortführer der Opposition auf dem nächsten Verbandstage im Lager der Sozialdemokratie zu finden sein werden. Man freute sich allgemein der frohen Zuversicht des alten Rämpfers und in die Heiterkeit stimmten selbst die direkt Beobachteten mit ein.

In einem von einem Zeugen der Erleichterung begleiteten Schlusswort würdigte der Vorsitzende die Arbeiten des Verbandstages, er versicherte, daß der wiedergewählte Vorstand in gleichem Maße wie bisher seine ganze Kraft einsetzen werde. Mit dem Wunsche, daß die geleistete Arbeit fruchtbringend für die Zukunft sein möge, wurde von ihm der Verbandstag mit einem dreifachen Hoch, in das die Versammlung träftig einstimmte, geschlossen.

Die abgeplanten Delegierten verließen das Tagungslokal mit dem erhebenden Bewußtsein, jeder nach seinen besten Kräften und Können mitgewirkt zu haben an einem kleinen Stück Geschichte der großen Bewegung des arbeitenden Volkes. Manche von ihnen wären noch gern geblieben, aber die Pflicht und der Kampf rief sie zurück und sie gingen direkt aus dem Sitzungssaal zur Bahn, um die Heimreise anzutreten.

Die besten Wünsche der Hamburger begleiteten sie. Die Hamburger aber selbst traten zu verschiedenen Zeiten den Weg nach ihren heimatlichen Benaten an. Sie legten sich mit einem zufriedenen Lächeln ins Bett, in welchem sie nach der anstrengenden Arbeit als Aufgeber mit einem „Ende gut, alles gut“ mehr oder weniger schnell ins Land der Träume einzogen. F. in A.

Stolz i. P. 25 Jahre Verwaltungsstelle des Verbandes.

Nach einem Referat des Kollegen Krüger, Stettin, beschloß am 4. Mai 1901 der bestehende Stolper Tapeziererverein, sich dem Verband der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands anzuschließen.

13 Kollegen traten sofort der Verwaltungsstelle bei und hat diese omnibus Zahl bei den Berichten über den Verfallungsbericht während der Verwaltungsstelle die Treue gewahrt ohne ihren schlechten Ruf zu erfüllen. Im Gegenteil. Die Verwaltungsstelle war immer eine der stärksten unseres Verbandes. Abgesehen von der großen Straße und den dicht besiedelten Industriegebieten, im dauernden Kampf mit einem starkköpfigen Unternehmertum, haben die Stolper Kollegen mit aller Energie Schritt für Schritt jeden, auch den kleinsten Fortschritt, erträmpeln müssen.

Im Frühjahr 1904 wurde in allen Betrieben die zehnjährige Arbeitszeit erreicht. Am 2. März 1907 traten die Kollegen für den Neufundentag und einen Tarifvertrag in den Austausch. Zwei Monate dauerte der Kampf. Erreichten die Kollegen auch nicht das gesteckte Ziel vollständig, so wurden doch ansehnliche Teilerfolge erzielt. 1913 traten die Kollegen bei der Firma E. Beder in einen längeren Streik.

den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizin. Die Verwaltung, das Ergebnis den gehegten Erwartungen. Die geringste Zahl von Untergewichtigen haben die Wehner aufzuweisen, die höchste die Freispre. Auch das Baudruck folgt dieser Richtung. Auffallend schien das gute Gewicht der Schneider. Ein Klassenlehrer stürzte viele darüber auf, daß damals wegen der hohen Preise viele Privatsie ihre Anzüge bei den älteren Bekleidern anfertigen ließen und daß die Befehreng darüber wesentliche Maßnahmen erzielt hatten. Sie konnten sich daher viel besser ernähren, was auch schon bei der bloßen Bekleidung aufgefallen war.

Selbstfalls zeigt dieser Fall wie auch die Feststellung, daß die Wehner die geringste Zahl der Untergewichtigen aufzuweisen, wie sehr das Gewicht von der Ernährung abhängt. Diese oder steht mit dem Eintommen im engen Zusammenhang. Im übrigen aber bringt die Tabelle auch deutlich zum Ausdruck, daß die schwächere Jugend von vornherein im allgemeinen die Berufse erzielt, die nicht schwere Körperkraft voraussetzen, während die stärker entwickelte Jugend eher zu Berufen neigt, die Körperkraft verlangen.

Unterfuchungen, die im folgenden Jahre an Volksschülern vorgenommen wurden, bewiesen ferner, daß schon in den Kinderjahren im allgemeinen eine Festlegung des Körperzustandes erfolgt. Darum ist die gesunde Ernährung der Jugend von grundlegender Bedeutung für die spätere Schaffenkraft und damit für die Leistungsfähigkeit eines Volkes.

Hamburger Humor*).

Dote Lüd. Sagen Sie mal, in Hamburg werden die Leute wohl alle sehr alt? — So, dat ward ja. — Wie alt sind Sie denn schon? — Ja? Ja bün jo nich alt, id bün

* Aus dem von Paul Bräde herausgegebenen Quiddornbüchlein, Hamburg, Quiddorn-Verlag.

erst tweensüßentig. — Na, da können Sie's aber weit bringen. Sie fühlen sich doch gut, ja? — Dat doch id woll. Bloß hüt nich ganz; id heil mi mit minen Babber verturnt. — Mit Ihrem Vater? — Mit al id denn der? — De is skounegentig. — Donnerwetter! Aber wie so konnten Sie sich mit dem alten Manne ernähren? — Ja, harr minen Grovooder sinen Rumbubbel tweismetten. — Ihr Grovooder? — Ja, lebt denn der auch noch? — Wie alt ist denn der? — De is letzten Johannidag hunnert-uneunzwintig weil. — Aber Mannchen, das kann ja gar nicht angehn! — Wenn Sie mi dat nich zu glauben wöit, denn gohn Se no de Rischeelstrich un fragen Se Pastor Meyer — de heit em doff!

Herr un Knecht. Jan, hebben Se de Bessels no de Bank brocht? — Ne, de Herr heit doch seggt, de harrn Lieb bit morgen! — Wat fall id seggt hebben? — Heurn Se mal, Jan — sünd Se verrückt oder bün id verrückt? — Na, de Herr wird sich doch woll keenen verrückten Husnrecht anschaffen?

De Plah in de Peerbohn. De Peerbohn is voll. Nu tummt en junge Deern rin — ne, is keen Plah mehr for ehr. — Setten Se sich hier man dat, Krollen, seggt en olen Mann, heitst op un stellt sich in de Witt von'n Wogen hen. — De junge Deern sett sich hen un seggt: „D, wie warm ist der Platz!“ — „Ja, seggt de Dhl, meenen Se, dat id en Sobüdel in de Büß heil!“

De Krevissupp. Krifschon Kaitun leit sich in'n Keller an'n Hoven en Toller Krevissupp geben. — De lit en Lepel voll, prewit mol recht nipp to — denn seggt he to den Weer: „Segg mol, Jan, dat heet bi Di Krevissupp? — Vor is jo nich en Spur von Krevit in!“ — „Da's mol en Stück Ennet, seggt de Weer. — Wenn Du Di'n Hunnenkoten toffst — meenst, da je dor en Hund rinbackt hebbt?“

De Bekannten. Segg mol, Du heit doch Buddelhusen denn? — Ne, Rüd? — Den heit nich kenn! — Ne.

— Na, ober Paddelmann, den mußt doch kennt hebben? — Ne. — Na, heur mol! Paddelmann heit doch nich kenn? — Ne. Denn heil id Buddelhusen noch eher kenn as Paddelmann.

Globen. So um Wihnachten 1915 rum fragt een von de „Hummels“ (3. Bataillon, Infanterieregiment 84) en annern: „Segg mol, hebbit de Russen emittich torn Globen?“ — „Dah, de hebbit ehren egen Pöbel, de woht in Moskau.“ — „Wat dat all for Globen gisst!“ — „Wat heit Du denn for eenen?“ — „Ja? — Denkelben as min Husweert: de gleudt: dat he to Januar keen Miete von mi kriegt, un dat gleud id oot.“

De Scholtenegger. De Froo Doktor droppt Minna, de as Kösch bi ehr denn heit, as de Herr Doktor noch leben dah. — „Na, Minna, wie geht es Ihnen denn?“ — „Ja bün siet en Johrstied verheirat, Froo Dokter.“ — „Das ist ja schön. Was ist denn Ihr Mann?“ — „Scholteneggerheil, Froo Dokter.“ — „So, ja. Eine glänzende Partie ist das ja freilich nicht gerade.“ — „Na, weten Se, Froo Dokter: en lebendigen Scholtenegger is mi immer noch teimol lieber, as en dodes Dokter!“

Hell int Finster schint de Sün, schint hee deep int Hart herin, all, wat Lüd is, dump un weh, baut je weg as Is un Snee.

Winter weent sin blankten Tran, Vörlachsteden weicht mi an, Rinnerfrel jo kriich as Dau treckt mi doer unnt Himmelsblau.

Nach is Tid! D komt man in Himmelsblau und Vörlachsteden! Nacht noch eenmal warm un heil deep int Hart! D noch is' Tid!

Taus Groß

Dann brach der Krieg aus. Erst Ende 1918 kamen die Kollegen wieder zusammen, um von neuem zusammenhalten im Wirken für die Organisation zu geloben. Leider fehlten bei den Kriegen gefallenen treuen Kollegen Reinhold Häppler, Franz Großmann, Kurt Schatzmann und Richard Steinhilber. Schon im Jahre 1919 brach ein Tapeziererstreik aus, der mit vollem Erfolg der Kollegen endete.

Die Sattler haben am 23. Februar 1919 eine Verwaltungsstelle gegründet und noch in demselben Jahre wurde ein Ortsrat abgesehen.

Der Verbandstag in Halle brachte im Jahre 1920 die Vereinigung beider Branchen in unseren jetzigen Verband. Bereits 1920 führten die Wagenfasser einen lebenswichtigen Streit. 1921 folgten die Tapezierer mit einem 13 1/2 wöchigen Streit. 1922 streikten wieder die Wagenfasser acht Wochen. Es mußte in Stolp, wie kaum in einem anderen Orte, jeder Fortschritt heiß erträmpelt werden.

Die Stolper Kollegen können mit Recht sagen: „Unsere Gewerkschaftsarbeit war fleißige Kleinarbeit und aufeinander Kampf!“ Um so zufriedener können sie auf die zurückgegangene Zeitspanne zurückblicken. Bereits am 1. April dieses Jahres hatte Kollege W. Koffian eine 2-jährige Mitgliedschaft zu verzeichnen.

Wir wünschen der Verwaltungsstelle Stolp alles Gute und erwarten, daß die dortige Kollegenchaft auch ferner zusammenhalten möge in aller Einigkeit, Geschlossenheit und Kampfbereitschaft!

Gemeindebestimmungsrecht und Gewerkschaften.

Bei der Auseinandersetzung über die Frage des Gemeindebestimmungsrechts treten zwei Mängel vor frapierender Deutlichkeit in immer höherem Umfang in den Vordergrund. Das ist einmal die Frage, ob tatsächlich ein Bedürfnis für das Gemeindebestimmungsrecht, vom Arbeitnehmerstandpunkt aus betrachtet, vorliegt, und das andere, welche wirtschaftliche Auswirkung das Gemeindebestimmungsrecht für die Arbeitnehmerchaft ausübt. Es darf auch in Arbeitnehmerkreisen trotz aller Beschönigungen und gegenteiliger Versicherungen kein Zweifel darüber herrschen, daß das Gemeindebestimmungsrecht nichts anderes ist, als die Grundlage zur völligen Trockenlegung Deutschlands. Ganz systematisch wird von den Anhängern des Gemeindebestimmungsrechts der Eindruck erzeugt, als seien keine gesetzlichen Bestimmungen über die Schankstätten ihren Betrieb und ihre Errichtung vorhanden. Entweder kommt das daher, daß die Anhänger des Gemeindebestimmungsrechts die Gewerbeordnung nicht kennen oder aber, um ihr Ziel zu erreichen, die betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung bei der öffentlichen Diskussion zur Genugung von Anhängern des Gemeindebestimmungsrechts unterschlagen. Insbesondere der § 34 des Schankstättengesetzes, wonach, soweit nicht die Bestimmungen des Schankstättengesetzes in Frage kommen, für die vom Schankgesetz Betroffenen die Bestimmungen der Gewerbeordnung anzuwenden sind, ist der schlagendste Beweis dafür, daß eine untrennbare Verbindung des Gewerbezweiges der Gastwirtschaften, Schankstätten und des Kleinhandels mit Alkohol mit den übrigen Gewerben besteht, und daß es praktisch unmöglich ist, eine ausschließliche Ausnahmevorschrift für die betreffenden Gewerbe zu schaffen. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung genügen durchaus, um Unregelmäßigkeiten und Unbilligkeiten im Gewerbe der Gastwirtschaften und Schankstätten zu verhindern. Im Gegenteil, es hat gerade die Gewerbeordnung für die Gastwirtschaften und Schankstätten Einschränkungsbestimmungen, wie sie für ähnlich gelagerte Gewerbe zweige in der ganzen Gewerbeordnung nicht anzutreffen sind.

Hört man die Anhänger des Gemeindebestimmungsrechts und des Schankstättengesetzes, so sollte man glauben, daß die deutsche Bevölkerung dem Alkoholismus vollständig verfallen ist. Jeder Gewerkschafter weiß, daß der Mißbrauch übermäßigen Alkoholkonsums, insbesondere unter den Arbeitnehmerkreisen, von Jahr zu Jahr rapide zurückgegangen ist. Insbesondere könnten die Gewerkschafter und Volkshäuser Deutschlands auf Grund ihrer geschilderten Erfahrungen jederzeit den schlagendsten Beweis dafür liefern, und sie können auch dafür den Beweis liefern, daß der Verbrauch stark alkoholischer Getränke zu sinken leicht alkoholischer Getränke immer mehr zurückgeht. Diese an sich durchaus erfreuliche Entwicklung konnte ohne Gemeindebestimmungsrecht und ohne Schankstättengesetz durch die Schularbeit der Gewerkschaften erzielt werden. Es ist auch unrichtig, wenn die Anhänger des Gemeindebestimmungsrechts und des Schankstättengesetzes behaupten, daß die Zahl der Gastwirtschaftsbetriebe im Deutschen Reich generell zugenommen hat. Die amtliche Statistik beweist das Gegenteil. Beweist nicht nur das Gegenteil in bezug auf die Schankstätten, sondern beweist es auch in bezug auf die gesamte Alkoholindustrie. Das Gemeindebestimmungsrecht und das geplante Schankstättengesetz will diese Entwicklung um ein Beträchtliches beschleunigen, ohne gleichzeitig die Frage zu lösen, welche wirtschaftliche Auswirkung für die Arbeitnehmerchaft diese beschleunigte Entwicklung mit sich bringen würde. Mit geradezu fanatischer Einseitigkeit gehen die Anhänger der Antialkoholbewegung über diese, die Arbeitnehmerchaft interessierende Frage hinweg. Für sie ist die Frage der Wirtschaft und Beschäftigungsmöglichkeiten von Arbeitnehmern von sekundärer Bedeutung, die Trockenlegung, sondern die Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, vor neuen wirtschaftlichen Experimenten durch das Gemeindebestimmungsrecht und das Schankstättengesetz mit Nachdruck zu warnen.

gegenüber dem Alkoholkapital, sondern auch gegenüber den Anhängern der Antialkoholbewegung mit Nachdruck wahrzunehmen.

Philipp Scheidemann hat durchaus recht, wenn er im „Katholischen Volksblatt“ vom 19. Februar schreibt:

„Die wahrscheinlichste Folge des Gemeindebestimmungsrechts wird sein: beidesfalls ein Schlag ins Wasser, keinesfalls ein Schlag gegen den Alkoholismus, jedenfalls eine Entwertung des demokratischen Wahlrechts, endlose Verberberung und neuer Anlaß zu wüstem Streit innerhalb der Arbeiterklasse.“

Und vom Standpunkt des Parteipolitikers kommt Scheidemann zur nachfolgenden Auffassung:

„Die Alkoholfrage ist keine programmatische Parteifrage. Sie ist eine überparteiliche Angelegenheit, von der politische Parteien als solche ihre Finger lassen sollten. Sondernfalls sollen sie darauf verzichten, einen Kampf auf ihre Angehörigen auszuüben.“

Das ist eine Aufgabe, die sich die Gewerkschaften durchaus zu eigen machen müssen. Auch die Gewerkschaften müssen sich auf den Standpunkt stellen, daß Zwangsmaßnahmen, die noch dazu durch Zufallsereignisse von höchst orientierten Wahlberechtigten herbeigeführt werden, das allergeringste Mittel sind, um dem Alkoholmißbrauch zu begegnen, um so mehr, als der freiwillige Verzicht auf übermäßigen Alkoholkonsum in immer höherem Umfang in der deutschen Bevölkerung Platz greift. Kein sachlich liegen die Verhältnisse so, daß das Gemeindebestimmungsrecht nichts mehr und nichts weniger als eine Entschleunigungspotential über die Bedürfnisse Potenzen bedeutet. Es kann nicht Sache eines Gewerkschafters sein, der Antialkoholbewegung, auch nicht der organisierten, den Kampf anzuliegen. Aber andererseits müssen sich die Alkoholgegner in bezug auf ihre Argumentation und Propaganda Schranken auferlegen, falls nicht aus wirtschaftlichen Gründen die Gewerkschaften zur Abwehr schreiten sollten. Was ist es beispielsweise für eine Art „fanatischer Orientierung“, zu der auch insbesondere die deutsche Arbeitnehmer-

Das Resultat für die Forderung des Volksbegehrens ein Sieg!

Das amtliche Ergebnis der Einzeichnung in die Listen, die Volksbegehren für deren Zustimmung über die Enteignung der ehemaligen Fürsten, war 1 252 300 00 Unterschriften, anstatt der erforderlichen 4 Millionen 852 300 00 m e h r.

Für den Volksentscheid muß die Anzahl doppelt soviel aufgebracht werden, 24 Millionen Stimmen.

preise in dieser Frage berechtigt sein sollte, wenn das sozialdemokratische Organ in Hamburg, das „Hamburger Echo“, der Internationalen Seemannsunion der Vereinigten Staaten unterstellt: Sie leiste den deutschen Alkoholinteressen Unterstützung, weil der Präsident der Internationalen Seemannsunion im Prohibitionsausschuß des amerikanischen Senats erklärte, die Heiler und Angehörigen ähnlicher Berufe könnten das Bier nicht entbehren; ohne Bier und Wein greifen sie zu dem giftigen Schnapsvergift. — Diese Art der Polemik ist durchaus geeignet, den von Philipp Scheidemann in seinem Aufsatz angedeuteten Mißstand innerhalb der Arbeitnehmerbewegung herbeizuführen. Das wäre die gleiche Polemik, als wollte man die Alkoholgegner unterstellen, sie betreiben ihre Bewegung bewußt zum Vorteil der Rauchgasindustrie. Die Alkoholgegner hätten die Pflicht, den Volksgenossen zu erklären, daß Deutschlands Trockenlegung eine Industrie von internationaler Bedeutung vernichten würde und Tausende und aber Tausende von Arbeitnehmern, lediglich einer fernen Idee wegen, für immer erwerbslos gemacht würden. Es ist auch unrichtig, anzunehmen, als sei das Verlangen nach dem Gemeindebestimmungsrecht oder einem Schankstättengesetz von der Mehrheit des deutschen Volkes getragen. Die Stärke oder vielmehr die Schwäche der Organisation der Alkoholgegner beweist das Gegenteil. Das Bedürfnis nach einem Gemeindebestimmungsrecht oder einem Schankstättengesetz muß vom gewerkschaftlichen Standpunkt durchaus verneint und verlangt werden, daß die wirtschaftliche Auswirkung dieser Bestrebungen schärfer als bisher den Volksgenossen gezeigt wird. Die Schulung und Erziehungsarbeit, die die Gewerkschaften und andere wirtschaftliche und politische Organisationen betreiben haben, genügt, um unsere Volksgenossen auch ohne Zwangsmaßnahmen ausstommen zu lassen.

Darum kann es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, aus Rode oder aus sonst falsch angebrachter Rücksichtnahme zu den gekennzeichneten Bestrebungen zu schweigen, sondern Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, vor neuen wirtschaftlichen Experimenten durch das Gemeindebestimmungsrecht und das Schankstättengesetz mit Nachdruck zu warnen.

John Chrentel, Hamburg.

Korrespondenzen.

Beaunshweig. Unsere letzte Monatsversammlung stand unter dem Zeichen der Erstwahl von Vorstandsmitgliedern. Kollege Hein mußte seinen Kofflerposten aufgeben, da er vom Konsumverein als Lagerhalter angestellt wurde. Seit 13 Jahren hat er ununterbrochen das Amt des Kofflerers hier an Orte mit aller Pflichttreue versehen. Von den Unternehmern geholt, von Betrieb zu Betrieb geholt, hat er es sich nie verdrießen lassen, stets Führer und Berater der Kollegen zu sein. Für seine rastlose Tätigkeit und Aufopferung spricht ihm der Vorsitzende im Namen der Ortsverwaltung den besten Dank aus. Sein Nachfolger ist Kollege Wehe, bekannt durch sein Eintreten für die Einigung der Arbeitertafel. Es wurde beschlossen, um eine bessere Ueberleitung zu haben über die Beteiligung an der Maidemonstration, die vormittags 7 Uhr stattfindet, sich eine Viertelstunde früher zu treffen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Frankfurt a. d. Oder. Hier versuchten einige Tapezierergesellschaften, die ohnehin geringen Löhne um 25 Proz. abzubauen. Dieses führte zu leistungswidrigen Arbeitskämpfen. So bei Volkmann u. Frempel, wo der Sattler Johann den Kausreißer spielt. Die Firma Wundt lacht in der „Deutschen Tapezierzeitung“ Geklaffen, trotzdem hier am Ort die Arbeitslosigkeit sehr groß ist.

Jugak ist ferngehalten.

Stuttgart. Der Kampf in der Autoindustrie ist beendet.

Rundschau.

Abendkurs für Tapezierer. Das Landesgewerbeamt in Stuttgart beschloß, bei genügender Beschäftigung von 3. bis 22. Mai 1926 in Stuttgart einen Abendkurs für Tapezierer über praktische Bastieren zu veranstalten. Der Unterricht an dem Kursus wird jeweils Montag bis Freitag abends von 6 bis 10 Uhr und Samstag nachmittag von 3 bis 8 Uhr erteilt. Für Teilnahme an dem Kursus wird ein Unterrichtsgeld von 20 Mk. erhoben. Außerdem sind von den Teilnehmern Gestelle und Materialien mitzubringen.

Anmeldungen zu dem Kursus sind bis 28. April 1926 beim Sekretariat des Landesgewerbeamts in Stuttgart, Königstraße 19 II (Zimmer 28), woselbst auch Anmeldebögen erhältlich sind, einzulegen.

Keramischer Bund im Rahmen des Fabrikarbeiterverbandes. Die „Gewerkschaftszeitung“ berichtet, daß die Vertreter der Verbände der Fabrik-, Glas- und Porzellanarbeiter sich dahin geeinigt haben, daß die beiden letztgenannten Verbände sich dem Fabrikarbeiterverband anschließen. Sie bilden mit der Gruppe Steine und Erden und den Töpfern, die zum Teil vom Baugewerksbund her zutommen, den Keramischen Bund. Dieser Bund hat seinen Sitz in Berlin im Hause des Porzellanarbeiterverbandes. Derselbe gibt eine eigene Zeitung heraus, im übrigen erledigen die einzelnen Branchen ihre Aufgaben selbstständig. Dicle werden durch ein Sonderstatut besonders geregelt. Der Zusammenschluß erfolgt am 1. Juli 1926.

Am 1. Oktober soll auch in den Lebens- und Genussmittelindustrien ein Zusammenschluß erfolgen. Hier kommen in Betracht die Verbände der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Getränkearbeiter, Fleischer usw.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Ohne Pflichten, keine Rechte! Vom 25. April bis 1. Mai ist der 17. Beitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung ist Pflicht.

Stolz i. P. Auf eine fünfundszwanzigjährige Mitgliedschaft im Verbands kann zurückblicken Kollege W. Koffian am 1. April 1926.

Wir eruchen alle Ortsverwaltungen, die Meldeliste betreffend die Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit, Ende April dieses Jahres bis spätestens bis zum 5. Mai einzuliefern. Orte, die nicht rechtzeitig berichten, können in die Erhebung nicht aufgenommen werden und tragen durch ihre Nachlässigkeit dazu bei, daß die Gesamtübersicht über den Arbeitsmarkt unvollständig erscheint. Stichtag ist der 30. April b. J.

Der Sattler Franz Gude aus Wien ist von Düsseldorf abgereist unter Jurisdiktion seines Mitgliedsbuches und ohne seine Verbindlichkeiten bei der Verwaltung Düsseldorf begleichen zu haben. Gude ist ausgesteuert und darf nirgends Unterstützung erhalten. Sein Mitgliedsbuch ist in der Hauptverwaltung.

Adressenveränderungen.

- Bayreuth. Vorl.: Adam Heiler, Grünen Baum.
- Kaff.: Wolfgang Meiler, St. Georgen 36.
- Braunschweig. Vorl.: Paul Sando, Uhlendstraße.
- Kaff.: Walter Behe, Gertrudenstraße.
- Danzig. Kaff.: Artur Dobrich, Stittwintel 4, Gartenhaus.
- Dresden. Vorl.: Otto Erndt, Hinterstr. 4.
- Hellbronn. Vorl.: Otto Jameson, Werderrstr. 154 III.
- Neustadt. Kaff.: Karl Specht, Wallstr. 9.
- Neuruppin. Kaff.: Willi Schulze, Sekstr. P. a.
- Pegau I. Kaff.: Mag. Feistkorn, Großb. Bahnhofstr. 31.
- Reimsfeld. Vorl.: Josef Haus, Hügelstr. 34.
- Rüfelsheim. Kaff.: Wilh. Bod, Wainzer Str. 58.

Veranstaltungskalender.

- Bremen. Montag, den 3. Mai, abends 8 Uhr, Lehrlingsversammlung im Gewerkschaftsbaus.
- Schiffrow I. Meßbü. Freitag, den 6. Mai, im Restsaal zur Klausur, abends 8 Uhr.

Sterbetafel.

Bielefeld. Am 20. April 1926 verstarb unser treuer Kollege, der Hilfsarbeiter Wilhelm Schäfer im Alter von 25 Jahren.

Leipzig. Im Alter von 48 Jahren starb am 17. März unser Kollege Paul Helke, Portefeulter.

Chreihrem Andenten!